

## Energie / Soziales

### Rat ö 17.05.2011

#### Sozialtarif für Stromkunden/-kundinnen (Ratsmitglied Herr Cheeseman- ÄA GRÜNE, CDU) (TOP 6 m)

##### Beratungsverlauf:

Herr Cheeseman begründet den Antrag unter Erläuterung der Einzelheiten der schriftlich vorliegenden Begründung. Er macht deutlich, dass es auch den Beziehern von Hartz-IV-Leistungen möglich sein sollte, den Strom des regionalen Anbieters zu beziehen, wobei auch die einkunftsschwachen Haushalte Stromleistungen aus regenerativen Energieformen nutzen sollten. Die im Regelsatz nach Hartz-IV vorgesehenen monatlichen 29,00 € reichen nicht aus, um die tatsächlichen Stromkosten zu decken. Er hebt die Verpflichtung des Rates der Stadt Osnabrück, die Grundversorgung aller Mitbürger/-innen zu sichern.

Frau Jacobsen begrüßt die Einbringung des Themas in die Ratsdebatte. Sie verweist auf Erkenntnisse des Caritasverbandes, wonach tatsächlich die Bezahlung der Stromversorgung für einkommensschwache Haushalte zu Lasten anderer Grundbedürfnisse gehe. Die Forderung nach der Einführung eines Sozialtarifes durch die Stadtwerke werde allerdings abgelehnt, da diese davon ablenke, dass es in der Verantwortung des Bundes liege, den Regelsatz angemessen zu gestalten und regelmäßig der Energiepreisentwicklung anzupassen. Sie unterbreitet namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den folgenden Änderungsantrag:

- „1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Regelsatz für Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung) bzw. XII (Sozialhilfe) angemessen und regelmäßig der Energiepreisentwicklung anzupassen.
2. Die bestehende Kooperation zwischen Sozialamt, Jobcenter und SWO bezüglich der Unterstützung von Haushalten, die von Strom- und Gassperren bedroht sind, wird unterstützt und auf die diesbezügliche Beratung im Sozialausschuss verwiesen (vgl. SozialIA. 17.09.2008). Zu der Entwicklung der Fälle und zur gängigen Praxis soll regelmäßig (1 x jährlich) im Sozialausschuss und im AR SWO berichtet werden. Ggf. sind Korrekturen am Verfahren in die Wege zu leiten.
3. Der Rat unterstützt grundsätzlich Stromeinsparinitiativen und -beratungen, wie z.B. durch die Verbraucherzentrale, die SWO und die Verwaltung.
4. Insbesondere begrüßt der Rat die Kampagne der Caritas (stromsparcheck.de), die sich explizit an einkommensschwache Haushalte richtet und begrüßt, dass die Verwaltung diese Aktion mit dem eigenen Klimaschutzmanager mit der Maßnahme "Energieeinsparmanagement in finanziell schwachen Haushalten" in Osnabrück mitträgt.“

Sie schlägt vor, sich im Sozialausschuss noch einmal mit den vorhandenen Ansätzen zur Lösung dieses Problembereiches zu beschäftigen und öffentlich auf die bestehenden Möglichkeiten hinzuweisen.

Frau Graschat macht namens der SPD-Fraktion deutlich, dass entsprechend der Darstellung von Frau Jacobsen sich die Ratsmitglieder bereits vor Jahren mit dieser Themenstellung auseinandergesetzt haben. Sie hebt die Einschätzung der SPD-Fraktion hervor, dass es nicht die Aufgabe des Energieversorgers Stadtwerke sei, soziale Schiefagen auszugleichen. Sie legt dar, dass beide vorliegenden Änderungsanträge die tatsächlich bestehenden kommunalen Möglichkeiten aufzeigen. Sie begrüßt insbesondere, dass die Bundesregierung aufgefordert soll, den Regelsatz nach Hartz-IV regelmäßig der Energiepreisentwicklung anzupassen.

Ferner hebt sie hervor, dass es in Osnabrück in den zurückliegenden Jahren gelungen sei, die Zahl der Fälle, in denen es zu Stromsperrungen komme, durch das verabredete Vorgehen deutlich zu reduzieren. Sie macht abschließend deutlich, dass der Ursprungsantrag von Herrn Cheeseman abgelehnt werde, wohingegen beiden Änderungsanträgen zugestimmt werde.

Herr Dr. E. h. Brickwedde hebt namens der CDU-Fraktion hervor, dass es bei den Aufgabefeldern, die in die Zuständigkeit der Stadt fallen, bereits in der Vergangenheit nachhaltige

Bemühungen gegeben habe, die Zahl der Stromsperrungen deutlich zu reduzieren. Er bezeichnet es als erforderlich, einkommensschwache Haushalte in ihren Bemühungen zur Energieeinsparung weiter zu stärken. Er hebt in diesem Zusammenhang das Programm des Bundesumweltministeriums hervor und unterbreitet namens der CDU-Fraktion den folgenden Änderungsantrag:

„Die Zahl der Stromsperrungen ist von 1.143 in 2005 auf 500 Fälle in 2010 gesunken. Davon sind 57 Alleinstehende bzw. Paare ohne Kinder.

1. Diese Zahl sollte weiter reduziert werden durch eine Fortsetzung der Beratungsaktivitäten des Fachbereichs Soziales und Gesundheit und der Stadtwerke.
2. Der deutsche Caritasverband und der Bundesverband der Energie- und Klimaagenturen, die mit Förderungen des Bundesumweltministeriums Stromsparschecks in einkommensschwachen Haushalten durchführen, werden gebeten, diese Aktion in Osnabrück weiterzuführen. So können gleichzeitig Strom- und Wasserkosten vermieden und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.“

Abschließend legt er dar, dass die Sozialtarife einiger Stromversorger anderer Städte höher seien als der Normaltarif der Stadtwerke Osnabrück. Zudem verweist er darauf, dass die ansteigenden Energiekosten im Zusammenhang mit dem verstärkten Einsatz regenerativer Energien zu sehen seien und insofern politisch gewollt seien.

Herr Peters macht namens der UWG-Fraktion deutlich, dass diese mit großem Nachdruck den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützen. Er argumentiert damit, dass nicht die Strompreise der Stadtwerke zu hoch seien, sondern vielmehr die Sozialleistungen zu niedrig. Er fordert von Herrn E. h. Brickwedde einen größeren Respekt für die Empfänger von Hartz-IV-Leistungen zu wahren.

Herr Dr. Thiele verweist darauf, dass der Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger in Osnabrück ebenso hoch sei wie für Hartz-IV-Empfänger in größeren Städten, in denen die Lebenshaltungskosten weitaus höher seien. Er begründet, dass sich die FDP-Fraktion für die Annahme des CDU-Antrages ausspreche.

Frau Gutendorf nimmt Bezug auf die Aktion des Klimaschutzmanagers und spricht sich dafür aus, dass im Sozialausschuss in einer der nächsten Sitzungen über die Aktion berichtet wird.

Nach weiteren kontroversen Beiträgen von Herrn Hagedorn und Herrn Cheeseman führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die zusammengefasste Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion wie folgt herbei:

### **Abweichender Beschluss:**

#### **a) Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Regelsatz für Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung) bzw. XII (Sozialhilfe) angemessen und regelmäßig der Energiepreisentwicklung anzupassen.
2. Die bestehende Kooperation zwischen Sozialamt, Jobcenter und SWO bezüglich der Unterstützung von Haushalten, die von Strom- und Gassperren bedroht sind, wird unterstützt und auf die diesbezügliche Beratung im Sozialausschuss verwiesen (vgl. SozialIA. 17.09.2008). Zu der Entwicklung der Fälle und zur gängigen Praxis soll regelmäßig (1 x jährlich) im Sozialausschuss und im AR SWO berichtet werden. Ggf. sind Korrekturen am Verfahren in die Wege zu leiten.
3. Der Rat unterstützt grundsätzlich Stromeinsparinitiativen und -beratungen, wie z. B. durch die Verbraucherzentrale, die SWO und die Verwaltung.
4. Insbesondere begrüßt der Rat die Kampagne der Caritas (stromsparcheck.de), die sich explizit an einkommensschwache Haushalte richtet, und begrüßt, dass die Verwaltung diese Aktion mit dem eigenen Klimaschutzmanager mit der Maßnahme "Energieeinsparmanagement in finanziell schwachen Haushalten" in Osnabrück mitträgt.

#### **b) Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Zahl der Stromsperrungen ist von 1.143 in 2005 auf 500 Fälle in 2010 gesunken. Davon sind 57 Alleinstehende bzw. Paare ohne Kinder.

1. Diese Zahl sollte weiter reduziert werden durch eine Fortsetzung der Beratungsaktivitäten des Fachbereichs Soziales und Gesundheit und der Stadtwerke.
2. Der deutsche Caritasverband und der Bundesverband der Energie- und Klimaagenturen, die mit Förderungen des Bundesumweltministeriums Stromsparschecks in einkommensschwachen Haushalten durchführen, werden gebeten, diese Aktion in Osnabrück weiterzuführen. So können gleichzeitig Strom- und Wasserkosten vermieden und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

**Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich ohne Enthaltungen gegen eine Stimme **angenommen**.

Herr Thöle stellt fest, dass die Abstimmung über den Ursprungsantrag von Herrn Cheese-man somit obsolet sei.